



LOKALES

Ankunftszentrum hat neue Chefin

BAD FALLINGBOSTEL. Das Ankunftszentrum Bad Fallingbostal-Oerbke hat eine neue Chefin: Standortleiter Amgad El-Moghier (42) übernimmt als Landesbediensteter andere Aufgaben, seine Stellvertreterin Christine Mörcke-Abifade (64) rückt nach. Die Zahl neu ankommender Flüchtlinge ist rückläufig. // Seite 5

LOKALSPORT

Heidmark kündigt „Aufrüstung“ an

DORFMARK. Nach der Verabschiedung von Trainer Bernd Schors, Torhüter Jan Thölke und Benjamin Skornia kündigen die Handball-Herren der HSG Heidmark im Gegenzug einige Neuzugänge zur kommenden Saison an. „Es wird sich einiges tun“, verspricht Handball-Chef Jörg Wittenberg. // Seite 11



Illustration: Heidekreis-Klinikum

Bad Fallingbostal // Seite 3

Planungsausschuss bestätigt: 195 Millionen Euro Förderung für neues Heidekreis-Klinikum

WETTER



HEUTE 23° | 11°
MORGEN 25° | 17°

POLITIK

Scholz in der Ukraine erwartet

KIEW. Berichten zufolge wird Kanzler Olaf Scholz heute in der Ukraine erwartet – zusammen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi. Die Erwartungen an die offiziell nicht bestätigte Reise sind groß – vor allem mit Blick auf EU-Beitrittsbestrebungen.

GEWINNZAHLN

Lotto: 11, 21, 29, 30, 44, 47
Superszahl: 0
Spiel 77: 4 4 2 7 2 2 4
Super 6: 4 9 5 1 2 8

ohne Gewähr

POLITIK

Merkel verletzte Rechte der AfD

KARLSRUHE. Das Bundesverfassungsgericht hat Äußerungen der damaligen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten verurteilt. Die Aussagen hätten die AfD im Recht auf Chancengleichheit der Parteien verletzt.

SO ERREICHEN SIE UNS

29664 Walsrode, Lange Straße 14
29655 Walsrode, Postfach 1520
Telefon (0 51 61) 60 05-0
Telefax (0 51 61) 60 05 28
E-Mail: info@wz-net.de
Internet: www.wz-net.de
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Mo. bis Fr. 8.30 - 14.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Sa. geschlossen



Streit um Kita-Standards: Träger schlagen Alarm

Wegen ukrainischer Kinder gilt Ausnahmeregel – Qualitätsverlust durch die Hintertür befürchtet

VON SASKIA DÖHNER

HANNOVER. Um Betreuungsstandards in Kindertagesstätten gibt es einen heftigen Streit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, die Städte und Gemeinden vertreten, einerseits und Kita-Trägern sowie -Beschäftigten andererseits.

Streitpunkt ist dabei die derzeit geltende Anhebung der Gruppengrößen von 25 auf 26 Kinder in Kita-Gruppen und von 15 auf 16 Kinder in den Gruppen der unter Dreijährigen. Diese Regelung sollte die unkomplizierte Aufnahme von Kindern ermöglichen, die auf der Flucht vor dem Krieg in der Ukraine nach Niedersachsen gekommen sind.

Eigentlich soll die Regelung Ende Juli auslaufen. Nun fordern Städte und Gemeinden, die vom Land im März eingeführte Regel vorerst beizubehalten.

Kita-Träger und -Beschäftigte befürchten allerdings einen Qualitätsverlust und eine Verschlechterung durch die Hintertür. „Dies darf nicht der Einstieg in dauerhaft größere Gruppen sein“, warnte Knud Hendricks, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt

„Dies darf nicht der Einstieg in dauerhaft größere Gruppen sein.“

Knud Hendricks, AWO Hannover

Soziale Dienste GmbH im Bezirk Hannover, beim gestrigen Forum Frühkindliche Bildung. Kitas, die ukrainische Kinder aufnehmen, müssten dafür einen Zeitausgleich bekommen.

Wenn die Kita-Standards überhaupt weiter abgesenkt werden sollten, dann höchstens bis Jahresende, sagte Ursula Tetzl von der Arbeiterwohlfahrt Braunschweig.

Dem widersprach Dirk-Ulrich Mende vom Städtetag entschieden. Es kämen immer mehr junge Mütter, die in Deutschland arbeiten wollten, denen müsse man eine echte Betreuungsperspektive für ihre Kinder bieten. Deshalb sei eine Verlängerung um ein Jahr sinnvoll.

Den Vorwurf, die Kommunalverbände nutzten die Ukraine-Krise für eine heimliche Absenkung der Qualitätsstandards, wies er entschieden von sich. „Das ist schäbig. Es geht um Integration, und je früher wir die Kinder einbinden, desto weniger Probleme haben wir später – in der Schule und im Jugendalter“, sagte Mende.

Hintergrund der Debatte ist allerdings, dass die Möglichkeit zur Vergrößerung der Gruppen bislang nur sehr eingeschränkt genutzt wird. Nach Angaben des Landes sind bislang rund 1150 ukrai-

nische Kinder in niedersächsischen Kitas aufgenommen worden. Für 21 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen und nur 4 Prozent der unter Dreijährigen aus der Ukraine wird der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz genutzt.

„Das Thema sind nicht die ukrainischen Kinder“, sagte Martin Albinus, Leiter des Jugendamtes Braunschweig, beim Forum Frühkindliche Bildung. „Es ist der Fachkräftemangel. Wir brauchen dringend eine Ausbildungsreform, wenn ich an den Ganztagsanspruch in der Grundschule denke, der 2025 kommt, wird mir schwarz vor Augen. Wo sollen all die benötigten Erzieher herkommen?“

Laut Städtetag-Geschäftsführer Mende fehlen landesweit schon jetzt rund 3500 Kita-Kräfte. AWO-Chef Burkhard Teuber forderte für Hannover eine weitere Berufsschule für Erzieher.

EZB reagiert auf Unruhe an Finanzmärkten

FRANKFURT/MAIN. Europas Währungshüter stemmen sich gegen die jüngste Unruhe an den Finanzmärkten. Man beschleunige jetzt die Arbeiten an einem neuen Antikriseninstrument, teilte die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Mittwoch nach einer kurzfristig anberaumten Sondersitzung des EZB-Rates mit.

Um sicherzustellen, dass die gerade erst beschlossene Straffung der ultralockeren Geldpolitik hoch verschuldete Euro-Staaten nicht über Gebühr belastet, will die EZB zudem Gelder aus auslaufenden Anleihen des Corona-Notkaufprogramms PEPP flexibel wieder investieren. Das könnte zum Beispiel Ländern wie Italien helfen, die Investoren inzwischen wieder deutlich höhere Zinsen für Staatsanleihen bieten müssen.

In den vergangenen Tagen waren die Zinsen an den Kapitalmärkten stark gestiegen, während sich die Stimmung an den Aktienmärkten deutlich verschlechterte.

„Russland will verunsichern“

Gazprom reduziert Gasliefermengen um weitere 20 Prozent – Habeck: Begründung ist vorgeschoben

VON MARTIN ROY UND MARTINA HERZOG

BERLIN/MOSKAU. Der russische Energiekonzern Gazprom hat am Mittwoch eine weitere Reduktion der Gasliefermengen durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 angekündigt. Nach der am Dienstag bekannt gegebenen Kürzung von 40 Prozent müsse ab Donnerstag noch mal um weitere 20 Prozent gedrosselt werden, teilte das Staatsunternehmen mit. Es begrün-

dete den Schritt erneut damit, dass der Krieg in der Ukraine dringende Reparaturarbeiten durch das deutsche Unternehmen Siemens Energy verzögert habe. Täglich könnten nun nur noch maximal 67 Millionen Kubikmeter durch die Leitung gepumpt werden.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zeigte sich am Mittwoch überzeugt, dass Russland mit den aktuellen Gaslieferkürzungen Unruhe stiften wolle. „Die Begründung der russischen Seite ist

schlicht vorgeschoben. Es ist offenkundig die Strategie, zu verunsichern und die Preise hochzutreiben“, sagte Habeck in Berlin. Die Instandhaltung der Kompressorstationen von Siemens für die Gasleitungen sei nicht Teil von EU-Sanktionen. Zudem sei die erste wichtige Instandhaltung erst im Herbst fällig.

Aktuell könnten die benötigten Mengen am Markt beschafft werden, wenn auch zu hohen Preisen, erklärte der Wirtschaftsminister: „Die Ver-

sorgungssicherheit ist gewährleistet.“ Habeck sagte aber auch, man beobachte die Lage sehr genau und sei über die Krisenstrukturen in engem Austausch. „Die aktuelle Lage zeigt: Energiesparen ist das Gebot der Stunde. Und natürlich werden wir auch staatliche Maßnahmen ergreifen, wenn dies nötig ist.“

Russland hatte zuvor bereits Gaslieferungen nach Bulgarien, Polen, Finnland, den Niederlanden und Dänemark eingestellt. Der Erdgas-



Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hält Energiesparen für das Gebot der Stunde.

FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

bedarf ist nach dem Ende der Heizsaison zwar gesunken, doch die Versorger versuchen, ihre Vorratslager aufzufüllen. Das hält die Preise hoch.

Betrunkene gehen auf Polizisten los

SOLTAU. Nach mehreren vorangegangenen Ruhestörungen in einer Soltauer Obdachlosenunterkunft haben Polizisten in der Nacht zu Mittwoch, nach bereits zuvor angeordneten Folgemaßnahmen, eine Musikbox sichergestellt. Damit zeigten sich zwei Bewohner im Alter von 43 und 55 Jahren nicht einverstanden. Die stark alkoholisierten Männer beleidigten und bedrohten die Einsatzkräfte. Der Aufforderung, den Abstand einzuhalten, kamen sie nicht nach und gingen auf die Beamten los. Die Männer wurden zu Boden gebracht und in Gewahrsam genommen. Auch dabei wehrten sie sich massiv. Eine Polizeibeamtin wurde leicht verletzt. Die Nacht verbrachten sie in der Zelle in Soltau.

Diebesgut in Auto gefunden

BAD FALLINGBOSTEL. Bei einer Verkehrskontrolle am vergangenen Dienstag gegen 16 Uhr auf der Konrad-Zuse-Straße in Bad Fallingbostal haben Polizeibeamte in einem Fahrzeug vermeintliches Diebesgut entdeckt. Es handelte sich dabei um original verpackte Artikel, wie zum Beispiel Autodüfte, Ersatzbürstentöpfe und Werkzeugsets. Der Wert der sichergestellten Ware beträgt rund 530 Euro. Der 27-jährige Tatverdächtige wurde nach Beendigung der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Die Ermittlungen dauern an.

Kleinkraftrad in Munster mitgenommen

MUNSTER. Am vergangenen Montag in der Zeit zwischen 15 und 17.30 Uhr haben Unbekannte an der Wilhelm-Bockelmann-Straße in Munster gegenüber der Rossmann-Filiale ein blaues Kleinkraftrad gestohlen. Es wurde später am Gehweg der L 211, Richtung Bispingen, wieder aufgefunden. Zeugen zum Diebstahl werden gebeten, sich unter ☎ (0519) 9600 zu melden.

Seniorin wird das Portmonee gestohlen

NEUENKIRCHEN. Einer 70-Jährigen wurde am Montag gegen 10.30 Uhr in der Lidl-Filiale an der Delmsdorfer Straße in Neuenkirchen das Portmonee aus der am Körper getragenen Handtasche entwendet. Der Schaden wird auf rund 150 Euro geschätzt. Beschreibung der Täterin: weiblich, etwa 25 Jahre alt, dunkle Hose und dunkler Pullover. Hinweise unter ☎ 0519/933970.

HKK: Land sendet deutliches Signal

Die Fördersumme für den Neubau des Heidekreis-Klinikums steht fest – am 12. Juli ist nun der Kreistag am Zug

VON JENS REINBOLD

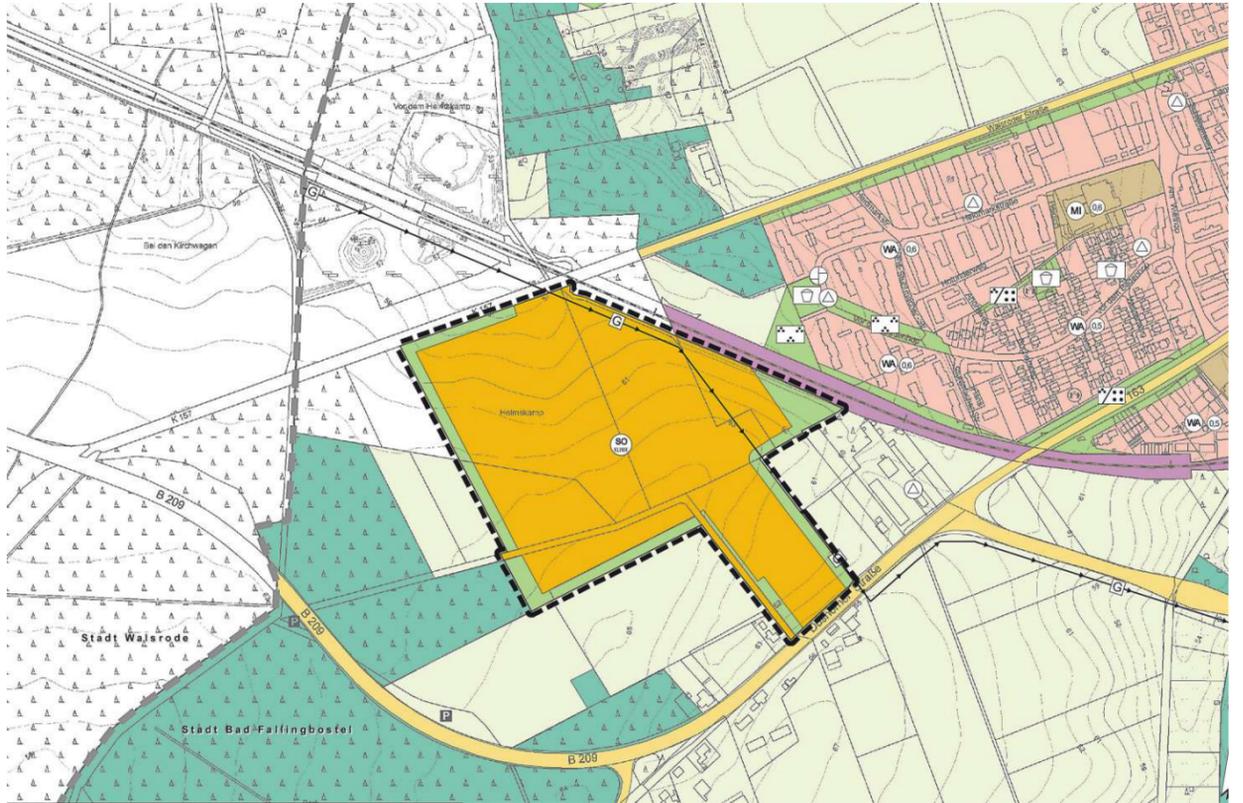
BAD FALLINGBOSTEL. Die Grundsatzentscheidung ist längst gefallen, ein konkreter Entwurf ist gefunden, und die Bauleitplanung in der Stadt Bad Fallingbostal läuft auf Hochtouren. Was noch fehlt, ist das Festzurren der Finanzierung für das neue Heidekreis-Klinikum (HKK) in der Kreisstadt. Und da sind die Verantwortlichen seit Mittwoch schlauer: Das Land Niedersachsen stellt aus dem Strukturfonds II mindestens 195 Millionen Euro bereit, bei einem kalkulierten Volumen von 241 Millionen für den HKK-Neubau müsste der Landkreis also „nur“ 46 Millionen Euro selbst stemmen.

Mit dieser Summe von 195 Millionen war zuletzt bereits der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Zinke vorgeprescht, er zitierte dabei aus der Empfehlung des Sozialministeriums für den Krankenhausplanungsausschuss, der am Mittwoch die Mittel aus diesem Topf verteilte. Dieser Ausschuss, der sich aus Vertretern des Sozialministeriums der kommunalen Spitzenverbände, der Krankenhausgesellschaft und Vertretern von Verbänden der Krankenversicherung, der Ärztekammer und der Kassenzentrale Vereinigung Niedersachsen zusammensetzt, konnte dabei wesentlich mehr Geld verteilen, als bisher im Raum stand: Statt der seit Jahren verlautbarten 355 Millionen Euro umfasst der Topf, der sich aus Landes- und Bundesmitteln speist, nunmehr als das Doppelte. So erhält nicht nur das HKK eine hohe Fördersumme, sondern auch die Zentralklinik Georgsheil (Landkreis Aurich / Stadt Emden) und die Zentralklinik im Landkreis Diepholz werden großzügig finanziert.

Für Georgsheil, das mehr als die doppelte Kapazität des neuen HKK plant, stehen demnach 460 Millionen Euro bereit. Für Diepholz, wo die baufachliche Prüfung voraussichtlich erst im Sommer 2023 abgeschlossen sein wird, ist die Fördersumme noch offen, aber auch dort wird das Land noch einmal extra tief in die Tasche greifen. „Damit bekennen wir uns ganz klar zu den drei neuen Zentralkliniken“, erklärte Sozialministerin Daniela Behrens, „wir werden alle drei Maßnahmen finanzieren und damit die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen gezielt weiterentwickeln.“

Im Heidekreis war die Freude über die größtmögliche Fördersumme bei den Verantwortlichen deutlich vernehmbar. „Das ist eine großartige Entscheidung“, sagte Landrat Jens Grote, der auch gleichzeitig als Vorsitzender des HKK-Aufsichtsrats fungiert. Er sieht darin ein „großartiges Signal für das Projekt, die Entscheidung gibt auch Rückenwind“. Er sei den Beteiligten dankbar, die eine „tolle Planung auf die Beine gestellt haben“.

Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Gudrun Pieper, die am Mittwoch als Erste über den Zuschlag für das HKK die Öffentlichkeit informiert hatte, fiel ein Stein vom Herzen. „Ich freue mich sehr über die Zusicherung“, sagte die Sozialexpertin, „nun haben wir die einmalige Chan-



Bauleitplanung läuft bereits: Gut 17 Hektar ist die Fläche an der der Bundesstraße 209 in Bad Fallingbostal groß, auf der bis 2027 das neue Heidekreis-Klinikum entstehen soll. Seit Mittwoch steht fest: Aus dem Strukturfonds II könnten mindestens 195 Millionen Euro in das Vorhaben des Heidekreises fließen. Karte: Stadt Bad Fallingbostal

ce, ein zukunftsfähiges Krankenhaus aufzustellen und so die medizinische Versorgung sicherzustellen.“

Von einer „grandiosen Fördersumme“ sprach auch Zinke, der gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des HKK ist. Er ordnete die Entscheidung als „Riesenerfolg“ ein. „Sie ist das Ergebnis hartnäckiger politischer Arbeit und der immensen Anstrengungen aller an den Planungen beteiligten Menschen“, so Zinke.

Der nun folgende Zeitplan, was die Entscheidungen angeht, ist recht sportlich. Am 24. Juni nach dem Kreistag wird die Gesellschafterversammlung des HKK tagen. Darin soll es auch um die offenen Fragen etwa der sogenannten Nebenkosten gehen. Anschließend sollen die Kreistagsabgeordneten in die Lage versetzt werden, am 12. Juli im Rahmen eines Sonderkreistags endgültig ihr Votum abzugeben. „Wir wollen alle Fragen beantworten“, sagt Grote.

Dazu gehören eben diese Nebenkosten, wie Grundstückserwerb (über die einzelnen Kaufsummen ist allerdings mit den Verkäufern Stillschweigen vereinbart worden) und verkehrliche Anbindung, „das sind aber keine Kosten, die das Projekt verhindern“, ist Grote überzeugt. Auch die Frage der möglichen Preissteigerungen soll erörtert werden – wobei auch da das Land den größten Brocken der Mehrkosten stemmen wird. So werden die Preissteigerungen der förderfähigen Kosten – also im Grunde die reinen Baukosten wie Stahl und Zement – nicht zulasten des Landkreises gehen. „Wir können davon ausgehen, dass das Land das zahlt“, sagt Grote, der auf ein Gespräch mit Gesundheitsministerin Behrens verweist, in der genau dieses Vorgehen so signalisiert worden sei. Steigerungen bei den nichtförderfähigen Kosten – also vor allem bei den Leistungen, die in den 46 Millionen Euro stecken, wie der Außenbereich – muss dagegen der Heidekreis tragen.

Grundsätzlich fällt am 12.

Juli nun zunächst einmal die konkrete Entscheidung hinsichtlich der Grundstückskäufe und der Einreichung des Bauantrags – was gleichzeitig die Umsetzung des Projekts bedeutet. An dieser Stelle hat der Kreistag aber noch die Möglichkeit, „weitere Sicherheitsleinen einzubauen“, wie Grote formuliert. Dabei könnte es etwa um die möglichen Preissteigerungen gehen, für die das Gremium sich das letzte Wort vorbehalten könnte. Ansonsten dürften die weiteren Entscheidungen rund ums neue HKK im regelmäßig tagenden Kreisausschuss getroffen werden.

Beim Neubauprojekt sollen die HKK-Standorte in Soltau und Walsrode zusammengelegt werden. Dabei geht es nicht nur um die Auflösung von kostenintensiven Doppelstrukturen, sondern in erster Linie um die Schaffung eines modernen Angebots, das die

Gesundheitsversorgung im Heidekreis zukunftsfest aufstellt. Auf einem 17 Hektar großen Areal in Bad Fallingbostal, das von der Bahnstrecke, der Kreisstraße 157 (Walsroder Straße), der Bundesstraße 209 (Düshorner Straße) begrenzt wird, sollen bis Juli 2027 177 Plätze in Einbett- und 172 Plätze in Zweibettzimmern entstehen. Zwei neue Abteilungen sind ebenfalls geplant: Orthopädie und Neurologie.

Anzeige

WIR MACHEN MIT!

Immer und überall informiert – das e-Paper der Walsroder Zeitung kann ich überall hin mitnehmen.

Nah. Fair. Zuverlässig.

 Kreissparkasse Walsrode

Theresa Pohl

FÖRDERUNG

Unterstützen Sie Ihre Auszubildenden und fördern Sie junge Leute für einen guten Start ins Berufsleben.

 Walsroder Zeitung

KONTAKT

Janna Möbus
Tel. 0 51 61/60 05 88
azubi@wz-net.de
www.wz-net.de

 AZUBI
ARBEIT-ZUKUNFT-BILDUNG.DE

DAS LÖHNT SICH!